

Demokratie braucht Demokraten

Zur Rolle der politischen Stiftungen

Michael Thielen und Gerhard Wahlers

Als am 13. Mai 1971 bei der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Bewerbung um ein Promotionsstipendium eingeht, scheint zunächst alles wie gewohnt. Die Unterlagen beinhalten unter anderem den Lebenslauf des Kandidaten, in dem es am Ende heißt: „Als voraussichtliches Berufsziel erstrebe ich eine Tätigkeit im Verwaltungsdienst. Daneben wird wie bisher die praktische Betätigung im politischen Bereich im Vordergrund stehen.“ Der Bewerber, der da recht nüchtern das Ziel einer „Tätigkeit im Verwaltungsdienst“ angibt, ist Hans-Gert Pöttering. Später sollte aus ihm der „Meister des Kompromisses“ und einer der verdientesten Europapolitiker Deutschlands werden.

„Eine praktische Betätigung im politischen Bereich“

Für die Promotionsförderung jener Stiftung, der Hans-Gert Pöttering heute vorsitzt, ist mit der erfolgreichen Abgabe der Dissertation „Die verteidigungs-politische Konzeption der Bundesregierung von 1955–1963 unter besonderer Berücksichtigung der Militärstrategie der USA“ die „Akte Pöttering“ vorerst geschlossen. Der Altstipendiat, so ließe sich aus Stiftungssicht jedoch augenzwinkernd anmerken, verliert sein Ziel einer „Tätigkeit im Verwaltungsdienst“ aus den Augen. Zum Glück, wie fast 40 Jahre später getrost angefügt werden kann. Hans-Gert Pöttering zieht es in die Politik. Und das mit großem Engagement und mit beispielhaftem Einsatz für demokratische Werte, wie ein Blick auf seine Stationen zeigt.

Bis heute ist er aktiv in seiner Partei, der Christlich Demokratischen Union; war unter anderem Vorsitzender der Jungen Union im Landkreis Osnabrück, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Bersenbrück, 20 Jahre Kreisvorsitzender der CDU im Landkreis Osnabrück. Für Hans-Gert Pöttering sind Heimat, Vaterland und Europa untrennbar miteinander verbunden. Sein Wirken, seine Ämter, Veröffentlichungen, Ehrungen und Mitgliedschaften zeigen einen überzeugten und verantwortungsbewussten Demokraten Niedersachsens, Deutschlands und Europas. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist glücklich – und auch stolz – mit Hans-Gert Pöttering einen Vorsitzenden an der Spitze zu haben, der weiß wovon er spricht, wenn es um Demokratie geht – denn das ist der Kernauftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dienstleister für die Demokratie

Wie der „Auftrag Demokratie“ für eine politische Stiftung formuliert wird, ließe sich beispielsweise unter Zuhilfenahme der Satzung jener Stiftung erläutern, der Hans-Gert Pöttering vorsitzt. Darin heißt es, die Konrad-Adenauer-Stiftung verfolge „auf christlich-demokratischer Grundlage ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Sie wird insbesondere politische Bildung vermitteln, die geschichtliche Entwicklung der christlich-demokratischen Bewegung erforschen und dokumentieren, durch Forschung und Beratung Grundlagen politischen Wirkens erarbeiten, die europäische Einigungsbewegung unterstützen, die internationale Verständigung durch Informationen und Begegnungen pflegen sowie mit entwicklungspolitischen Projekten und Programmen Hilfe leisten, politisch verfolgten Demokraten ideelle und materielle Hilfe gewähren, die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter und charakterlich geeigneter junger Menschen fördern, Kunst und Kultur durch Veranstaltungen und Stipendien fördern, der Öffentlichkeit die Ergebnisse ihrer Arbeit zugänglich machen.“

Es ist ein breites Aufgabenportfolio, das die politischen Stiftungen bearbeiten: politische Bildung, zeithistorische Forschung, Politikberatung, europäische und internationale Zusammenarbeit, Begabtenförderung. Dabei sind sie sowohl kommunal, national, europäisch als auch international orientiert und tätig, weder parteiisch noch unparteiisch. Keine selbstnützige, sondern eine gemeinnützige Rolle müssen sie erfüllen und nicht nur auf einer ideellen Grundlage arbeiten, sondern diese politische Grundströmung auch weitertragen.

Politische Stiftungen unterscheiden sich in ihren Strukturen und Aufgaben nicht fundamental voneinander. Zuallererst stehen sie in einem Dienst, einem Dienst an der Demokratie. Darauf haben sich die politischen Stiftungen in einer gemeinsamen Erklärung 1998 verständigt: „Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland [sind] auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung [aufgebaut] und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet [...]“

Dieses Selbstbild der politischen Stiftungen ist unmissverständlich, sie arbeiten in einem demokratischen Bewusstsein – für ein demokratisches Bewusstsein auf allen Ebenen, im Inland wie in ihrer weltweiten Tätigkeit. Sie sind Teil der demokratischen, politischen Kultur unseres Landes.

Die politischen Stiftungen im Parteiengefüge

Den politischen Stiftungen wird immer wieder die Frage gestellt, wie parteinah sie agieren – in zweifachem Sinne. Die einen fragen kritisch, ob es sich bei den Stiftungen nicht lediglich um eine verlängerte Werkbank der jeweiligen Partei handle. Die anderen fragen, ob sie nicht zu viel arrivierte Distanz zu den Parteien an den Tag legen, denen sie qua Satzung nahestehen. Zu nah, um unabhängigen Rat zu geben? Oder doch zu weit oben im wissenschaftlichen und intellektuellen Elfenbeinturm, um realitätswirksame Analysen und Empfehlungen zu geben, die in die tagtägliche politische Arbeit einfließen können?

Ja, politische Stiftungen sind parteinah. Sie spiegeln die politischen Grundströmungen. Zugleich, und das macht sie einmalig, ist es ihre ureigene Aufgabe, jenseits tagespolitischer Zwänge, denen andere Institutionen ausgesetzt sind, jenseits von Wahlperioden, „auf Vorrat zu denken“, Neues zu erproben, um so Optionen aufzuzeigen.

Umsichtiges Handeln und Zukunftsfestigkeit sichern

Eine der wesentlichen Aufgaben liegt darin, vielschichtige Zusammenhänge und die immer weiter steigende Informationsflut auf ein verständliches Maß zu reduzieren, komplexe politische Prozesse verständlich zu machen. Die Rahmenbedingungen der Politik ändern sich: wirtschaftliche Globalisierung, Ausdifferenzierung der Gesellschaften, komplexer werdende nationale und internationale Strukturen, Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche, Funktionsverlust des klassischen Nationalstaates sind nur einige Stichworte. Politische Stiftungen stehen in der Verantwortung, damit aus rasanten wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen und neuen internationalen Gefahren nicht Ohnmacht, sondern umsichtiges Handeln und Zukunftsfestigkeit folgt. Die Herausforderungen sind gewaltig, der Zuwachs an Komplexität stellt die Politik zusätzlich auf die Probe. Hinzu kommen die Hektik im politischen Tagesgeschäft und das mediale Verlangen nach schnellen Lösungen.

Politische Stiftungen müssen vor diesem Hintergrund zweierlei leisten: Sie müssen Orientierungswissen und wissenschaftliche Grundlagen zur politischen Problemlösung erarbeiten und vermitteln. Zudem müssen sie mittel- und langfristige Strategieentwicklung anbieten können. Praxisnähe muss mit langfristiger Orientierung kombiniert werden.

Dabei können sie auf ein einzigartiges System der Verankerung in der Gesellschaft, vor Ort, weltweit zurückgreifen. Sie sind präsent durch, im Fall der Konrad-Adenauer-Stiftung, Politische Bildungsforen in den Bundesländern und mehr als 80 Büros weltweit. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen in stetigem Austausch mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Das gilt beispielsweise für die Historiker und Ideengeschichtler, die empirischen

Sozialforscher und Wirtschaftswissenschaftler der Stiftung. Zugleich bestehen vielfältige externe Netzwerke; gewachsene Verbindungen beispielsweise in die jeweiligen wissenschaftlichen Kreise, zu politischen Entscheidungsträgern weltweit, in Kultur und Publizistik. Mit ihren Stipendiaten und Altstipendiaten verfügen die politischen Stiftungen über ein Netzwerk engagierter, in unterschiedlichsten Bereichen tätiger Bürger. Die Stiftungen erfüllen ihren Auftrag, wenn sie gleichermaßen Wissens- und Ideentransfer vom Ausland ins Inland und umgekehrt, vom Inland ins Ausland leisten. So erfüllen sie ihre Rolle als Seismographen gesellschaftlicher und politischer Veränderungen, nehmen Anstöße auf, entwickeln Ideen weiter – im Dienste des Gemeinwohls.

Wer, wie die politischen Stiftungen, auch Ideenagentur und Problemlösungsanbieter sein will, braucht Substanz. Wissenschaftliche Substanz entsteht, wenn man sich Zeit zur Forschung, zum Nach- und Mitdenken nimmt. Es geht bei der Lösung komplexer Herausforderungen nicht nur um Bereitstellung, sondern auch um Aufbereitung wissenschaftlicher Grundlagen. Hier können die politischen Stiftungen auf ihre Spezialbibliotheken und Archive zurückgreifen. Sie enthalten für die Experten der Stiftungen und externe Gäste gleichermaßen einen umfangreichen Fundus an Materialien. Sie bilden das Gedächtnis der politischen Grundströmung. So entsteht wissenschaftlich tiefe Fundierung politischer Empfehlungen. Und so kann eine Verbindung zwischen einer politischen Entscheidungs- und Diskussionssphäre – mit ihren Kriterien der Dringlichkeit und Machbarkeit – mit der Sphäre der politischen Stiftungen – mit ihren Kriterien der Grundlagenarbeit und Bezugnahme auf die jeweilige Grundströmung – verbunden werden. Die Archive der politischen Stiftungen leisten durch Forschung, Veranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen und Internetangebote einen herausragenden Beitrag zur historisch-politischen Bildung.

Politische Stiftungen und die „Erziehung zur Demokratie“

Gründungsimpuls der Konrad-Adenauer-Stiftung und bleibende Aufgabe aller politischen Stiftungen war und ist, einen Beitrag zu Aufbau und Festigung der Demokratie zu leisten. Das war auch für die Initiatoren der 1955 gegründeten „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“, aus der 1964 die Konrad-Adenauer-Stiftung hervorging, wesentliches Motiv. Nach der „Weimarer Erfahrung“, im Wissen darum, dass eine Demokratie auf überzeugte Demokraten angewiesen ist, setzten sie auf die „Erziehung zur Demokratie“, wie Roman Herzog einmal gesagt hat. Diese Aufgabe gilt nach wie vor. Demokratie braucht Demokraten. Ziel der Politischen Bildung ist deshalb der mündige Staatsbürger, der Debatten sachlich durchdringt, sich eine Meinung bildet, mitdiskutiert und sich politisch-gesellschaftlich verantwortungsbewusst engagiert. Als Richtschnur gilt hierfür das Koordinatensystem der freiheitlichen Demokratie – und zwar

für alle politischen Stiftungen. Hinzu kommt die durch die jeweilige Stiftung verkörperte politische Grundströmung.

So orientiert sich die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung seit ihren Anfängen insbesondere am Einsatz für freiheitlich-demokratische Positionen für die westliche Wertegemeinschaft und die europäische Integration – in Abgrenzung zu totalitären Diktaturen. Dieses Koordinatensystem leitet die Konrad-Adenauer-Stiftung auch heute noch – zumal die Vorstellungen von Demokratie und was sie leisten kann und muss in zweifacher Hinsicht unter Druck geraten sind. Erstens wird mit dem viel zitierten Begriff der „Postdemokratie“ eine Fundamentalkritik am Zustand der westlichen Demokratien geübt. Zweitens scheint der nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vorausgesagte Siegeszug demokratischer und rechtsstaatlicher Systeme mittlerweile ins Stocken geraten zu sein; autoritäre und pseudo-demokratische, staatskapitalistische Systeme scheinen sich zu behaupten, jüngere Demokratien stehen unter Erfolgsdruck, demokratische Aufbrüche wie der „Arabische Frühling“ drohen an der Langlebigkeit jahrzehntealter politischer und wirtschaftlicher Repression zu zerbrechen.

Die Debatte über die „Postdemokratie“ – Sinnentleerung demokratischer Institutionen durch Verlagerung von Entscheidungen aus dem Parlament in intransparente, von Eliten durchdrungene Zirkel, Marketing statt Information, Expertokratie, Populismus, mangelhafte Teilhabemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, Politikverdrossenheit – zeigt einmal mehr die Notwendigkeit politischer Bildung und Beratung auf. Und sie ist – wie der Blick beispielsweise auf abnehmende Wahlbeteiligung, Rückgang der Mitgliederzahlen bei Parteien, Demonstrationen wie Pegida oder der vielfache Ruf nach „mehr Bürgerbeteiligung“ – hoch aktuell. Die politischen Stiftungen können und müssen in diesem Feld ihre ureigene Rolle ausüben; d. h. klassische Kenntnisse demokratischer Verfahren und bestehender Partizipationsinstrumente vermitteln. Sie müssen vermitteln, wie sich Bürgerinnen und Bürger in unserem Gemeinwesen einbringen können.

Zugleich setzen sich die Stiftungen kritisch-konstruktiv mit der Frage auseinander, wie und an welchen Stellen nicht unbedingt „mehr“, aber sehr wohl „andere“ bzw. „neue“ Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Die Partizipationswünsche haben sich vielfach geändert; nach wie vor engagieren sich viele in Vereinen, karitativen Einrichtungen oder Parteien. Aber auch hier wird über neue Formen der Teilhabe nachgedacht, die dem Bedürfnis, unmittelbarer, vielfach zeitlich begrenzter Teilnahme und Mit-Entscheidung gerechter werden.

Die politischen Stiftungen zeigen auf, wie Kommunikations- und Partizipationsinstrumente zukünftig aussehen müssen, um Bürger zu erreichen und welche Dialogformen geeignet sind, um Diskurse zwischen Bürgern und Politik zu ermöglichen. Hier liegt eine zentrale, stetige Professionalisierungsaufgabe der Stiftungen, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeiten des Web 2.0.

Auch wenn sich die Instrumente ändern mögen, das Ziel bleibt – Demokratie braucht Demokraten. Damit erfüllen die Stiftungen auch heute noch die Aufgabe politischer Bildung, wie sie im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Stiftungsfinanzierung zu finden ist: „Die Stiftungen sollen die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten anregen und den Rahmen bieten für eine – allen interessierten Bürgern zugängliche – offene Diskussion politischer Fragen. Dadurch wird das Interesse an einer aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens geweckt und das dazu notwendige Rüstzeug vermittelt.“ Anspruch der Politischen Bildung, vor allem aber auch der Begabtenförderung, ist es, weniger kritikfähige, als vielmehr urteilsfähige Bürger zu fördern. Bürger, die sich positiv mit unserer Demokratie identifizieren und sie lebendig machen.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – weltweit

Seit Jahrzehnten leisten die politischen Stiftungen weltweit Unterstützung beim Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie beraten politische Parteien und Regierungen, stellen persönlich-fachliche Kontakte her, bieten Erfahrungen und Expertise und sind vor Ort präsent – auch in Krisengebieten. So konnten sich die Stiftungen einen Ruf als internationale Akteure erarbeiten. Sie sind ein wichtiger Bestandteil deutscher Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik geworden. Das führt in nichtdemokratischen und fragilen Staaten zu Argwohn gegenüber unserer Arbeit, in Einzelfällen zu offener Ablehnung und Repressionen. Zentrale Merkmale der Auslandsarbeit sind partnerschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe und die Erfüllung des Auftrags, nämlich demokratische, rechtsstaatliche Strukturen zu fördern und damit für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in Europa, Asien, Lateinamerika, Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten einzutreten. Mit diesem Ansatz ist es den politischen Stiftungen in der Vergangenheit gelungen, beispielsweise nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in Lateinamerika oder Südostasien entscheidend am Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher und durch politische Parteien gekennzeichnete Systeme mitzuwirken.

Schritt für Schritt vorzugehen, Vertrauen durch menschliche Kontakte aus- und aufzubauen, gehört seit Gründung der Bundesrepublik zur außenpolitischen Kultur unseres Landes. So gelang etwa Konrad Adenauer die Aussöhnung mit Frankreich oder Israel. Die vom ersten deutschen Bundeskanzler erfolgreich betriebene Integration in die westliche Wertegemeinschaft bestimmt auch heute noch weite Teile der europäischen und internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wenige verkörpern dies mehr als Hans-Gert Pöttering, der sich als Abgeordneter und Präsident des Europäischen Parlaments stets für die Einigung und Integration Europas eingesetzt hat. „Europa war und ist ein Friedensprojekt für mich“, so Hans-Gert Pöttering. „Mein eigener Vater ist im

Zweiten Weltkrieg, wenige Monate vor meiner Geburt, gefallen – nicht zuletzt auch deswegen habe ich mich sehr früh für die Einigung Europas engagiert, angespornt von der überzeugenden Europapolitik des ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Schon damals wurde deutlich, dass – das noch geteilte – Deutschland die Herausforderungen und Probleme der Zukunft allein nicht würde bewältigen können.“ Die Einigung Europas voranzutreiben, für Freiheit, Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte einzustehen – das treibt Hans-Gert Pöttering auch als Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung an. Seine besondere Leidenschaft gilt nicht nur Frankreich und Italien, sondern auch den Staaten des ehemaligen Ostblocks. Besonders am Herzen liegt Hans-Gert Pöttering Deutschlands östlicher Nachbar Polen, ein Land, das er allein während seiner Amtszeit als Präsident des Europäischen Parlaments zwölf Mal besucht hat. Für seinen langjährigen Einsatz zugunsten des polnischen EU-Beitritts und der Stärkung der Rolle Polens innerhalb der Europäischen Union verlieh ihm Staatspräsident Bronislaw Komorowski 2013 in Warschau das Großkomturkreuz des Verdienstordens der Republik Polen, die zweithöchste Auszeichnung des Landes. Die Versöhnung und Freundschaft Deutschlands mit Polen und ihr gemeinsames Engagement für die europäische Einigung waren und sind für Hans-Gert Pöttering ein Herzensanliegen. Inspiriert hat ihn dabei stets die Tatsache, dass „[...] ohne die Freiheitsbewegung von Solidarnosc mit Lech Walesa und die geistig-moralische Kraft von Papst Johannes Paul II. die Einheit Deutschlands in Freiheit nicht möglich gewesen wäre“.

Allerdings können politische Stiftungen nur dann Hilfe leisten, wenn das vom Partnerland wirklich gewünscht ist und die Sicherheitslage es zulässt. Rückschläge für die Arbeit der politischen Stiftungen gab es in den letzten Jahren immer häufiger. Bisheriger Höhepunkt war das Vorgehen gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 2011 in Ägypten: Das Büro in Kairo wurde durchsucht, Computer und Dokumente beschlagnahmt, Büroleiter und Mitarbeiterin in Abwesenheit zu fünf bzw. zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Beide Mitarbeiter sind in Deutschland und müssen nicht ins Gefängnis; die Mitarbeiterin kann jedoch nicht mehr zu ihrer Familie nach Ägypten zurückkehren und muss sich ein neues Leben aufbauen. Für den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung war dies ein unzumutbarer Vorgang: „Wir sind natürlich tief betroffen und empört über dieses Urteil, das uns zeigt, dass es keinen wirklichen Rechtsstaat in Ägypten gibt. Das steht für uns als Stiftung im Vordergrund. Aber im Grunde genommen ist es ein Schlag gegen die Zivilgesellschaft und die freiheitliche Entwicklung eines Rechtsstaates in Ägypten [...]“. Hans-Gert Pöttering setzte sich seit Beginn seiner Tätigkeit im Europäischen Parlament immer wieder für Menschenrechte, Meinungsfreiheit und politischen Pluralismus in der arabischen Welt ein. Mit Verve und großer Ausdauer engagierte er sich für eine „Zwei-Staaten“-Lösung im Nahostkonflikt, sprach beispielsweise vor der Knesset und mit König Abdullah II. von Jordanien. So überrascht es

nicht, dass ihn die Vorgänge in Ägypten sehr beschäftigen. Neben der arabischen Welt werden die Arbeitsbedingungen für die politischen Stiftungen auch andernorts schwieriger. Ebenfalls 2012 wurden die Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Petersburg durchsucht; 2014 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung nach über 50 Jahren ihr Länderbüro in Ecuador aufgrund zunehmender Einmischung von staatlicher Seite in ihre Arbeit geschlossen. Es sind besorgniserregende Entwicklungen; Entwicklungen, die in den letzten Jahren zugenommen haben. Sie zeigen, dass viele Regime unter Druck geraten sind, weil zivilgesellschaftliche Akteure – zentrale Partner der politischen Stiftungen – selbstbewusster auftreten.

Beobachten wir also einen weltweiten Siegeszug autoritärer Herrschaftsmodelle? Eine Tendenz zur Restauration autoritärer Modelle? Francis Fukuyama hat 1992 das „Ende der Geschichte“ proklamiert und einen weltweiten Siegeszug von Demokratie und Freiheit vorhergesagt. Seitdem sind fast 25 Jahre ins Land gegangen und von der anfänglichen Euphorie ist vielerorts tatsächlich nur mehr wenig zu spüren. Glaubt man den jüngsten Zahlen der international renommierten Nichtregierungsorganisation Freedom House, die unter Berufung auf die UN-Menschenrechtserklärung jährlich 195 Länder in Bezug auf zivilgesellschaftliche und demokratische Freiheiten untersucht, befinden wir uns gar an einem absoluten Tiefpunkt. Lediglich 40 Prozent der untersuchten Länder können demnach heutzutage als „frei“ eingestuft werden, während fast eine gleiche Anzahl, 36 Prozent, noch immer als „nicht frei“ angesehen werden müssen. Im Vergleich mit dem Vorjahr seien die Werte von 61 Staaten im Jahr 2014 in Bezug auf Demokratie und Freiheit gesunken, so die Wissenschaftler von Freedom House. Damit befänden sich Freiheit und Demokratie weltweit seit neun Jahren nacheinander im Sinkflug.

Während die Welle der weltweiten Demokratisierung ins Stocken geraten ist, scheint der politische und wirtschaftliche Autoritarismus auf dem Vormarsch zu sein. Dabei fällt auf, dass wir es mit einer neuen Art von autoritären Regimen zu tun haben. Während es in den ersten Jahren nach dem Fall des Eisernen Vorhangs bei Autokraten noch zum guten Ton gehörte, zumindest vordergründige Lippenbekenntnisse zu mehr demokratischer und rechtsstaatlicher Entwicklung abzugeben, wendet man mittlerweile wieder wie selbstverständlich längst überwunden geglaubte Mittel und Instrumente der Unterdrückung des 20. Jahrhunderts an. So verwundert es nicht, dass Fukuyama 2015 schreibt, es gebe „seit 2006 eine Art Rezession der Demokratie“¹. Russland sei ein autoritäres Projekt mit „Tsar quality“², das mit Machtpolitik, Nationalismus, Aggression und Hegemonie auf Demokratiebewegungen im eigenen Land und in Nachbarstaaten reagiere. China kennzeichnet sich durch einen staatlich gelenkten Kapitalismus und Protektionismus. Es ist ein System, das zwar Menschenrechte massiv einschränkt, aber aufgrund seiner wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte große Strahlkraft auf Entwicklungs- und Schwellenländer hat. So ist es zu einem

Systemwettbewerb gekommen, der sich am „Output“, das bedeutet in diesem Falle Wirtschaftswachstum, orientiert – zulasten von guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Was diese Entwicklungen für die internationale Rolle von deutschen politischen Stiftungen bedeuten, wird umso klarer, je mehr man sich die Chancen und Risiken jener Bewegungen vergegenwärtigt, die in den letzten Jahren Freiheitsdrang und Demokratiewille symbolisiert haben, wie Maidan, Taksim und Tahrir oder die Rosen-, Safran-, Tulpen-, Grüne- und Orangene Revolution. In den Mittelpunkt rückt erneut die Aufgabe, Diskussions- und Aushandlungsprozesse zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich Demokratie und Freiheit verpflichtet haben, zu unterstützen und reformwillige Regierungen bei komplexen Transformationsprozessen zu begleiten. Politische Stiftungen sind gefordert, auch in Zukunft reformorientierte Kräfte im Inland wie im Ausland zu fördern, sie mithilfe politischer Bildung von den Vorzügen eines demokratisch-marktwirtschaftlichen Systems zu überzeugen und inter- sowie innerkonfessionelle Dialogmaßnahmen zu erleichtern. Vor allem in jungen und labilen Demokratien müssen die politischen Stiftungen weiterhin Hilfe beim Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen leisten, die Bildung stabiler Institutionen, die Rechtsstaatlichkeit garantieren, als zentrale Voraussetzung für die Lebensfähigkeit von Demokratien erleichtern. Ob wir mit unserer Arbeit erfolgreich sind, hängt vor allem von empathischen, engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ab, die Kenntnisse von den spezifischen politischen, religiösen und sozialen Gegebenheiten vor Ort haben, die kulturellen Traditionen des Landes kennen und respektieren. Mitarbeiter, die wissen, dass es für Demokratie keine Blaupausen gibt und sich Freiheit, Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft nicht erzwingen lassen.

Gleichzeitig werden die politischen Stiftungen auch zukünftig als Akteure der Früherkennung internationaler Phänomene und Entwicklungen fungieren. Als weltweit präsen- und vernetzte Institutionen ist es ihre Aufgabe, gesellschaftliche und politische Veränderungen in anderen Staaten frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und in die deutsche Politik und Öffentlichkeit zu transportieren. Dieses Sensorium scharf zu halten, ist dauerhafte Aufgabe. Die Weltordnung ist in Bewegung; Weltunordnung zeichnet sich ab: der barbarische Terror des sogenannten Islamischen Staats und der Zerfall der regionalen Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens, der zu Flüchtlingswellen führt, Versuche zur Sicherung von Einflussphären zur Rohstoffnutzung, der Ausbruch von Seuchen wie Ebola mit ihren Folgen für die Stabilität von Staaten und Regionen, die offene Herausforderung der europäischen Friedensordnung durch die russische Politik. Nach wie vor stellen sich Europa weitere drängende Herausforderungen wie die Bewältigung der Finanzkrise und die Stabilisierung des Euro, die Notwendigkeit einer intensivierten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und die Übernahme von Verantwortlichkeiten in Bündnissen wie der NATO, der

Abschluss des Freihandels- und Investitionsabkommens TTIP und nicht zuletzt die Entscheidung über die Post-2015-Agenda in der Entwicklungspolitik sowie die Zukunft der internationalen Klimapolitik.

Demokratie als „way of life“

Die politischen Stiftungen identifizieren und analysieren Entwicklungen, bieten Handlungsoptionen an, sind vor Ort präsent und leisten einen Beitrag zum Aufbau und Erhalt von demokratischen rechtsstaatlichen Institutionen. Dabei sind sie Vorbild, wenn sie Demokratie nicht als Blaupause exportieren, sondern Demokratie als „way of life“ vorleben. Dies gilt im Ausland wie im Inland. Glaubwürdig für Demokratie einzutreten – das gelingt nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern durch Erfahrung, Kompetenz, Leidenschaft und Optimismus. Charakteristika, die auch das Wirken des Jubilars, das Wirken Hans-Gert Pötterings kennzeichnen. Der „Mann des Ausgleichs“ ist, wie seine beiden Söhne einmal sagten, „geduldig und hartnäckig, aber nicht brav“.³ Davon profitiert die Konrad-Adenauer-Stiftung in hohem Maße. Und dafür ist sie dankbar.

-
- 1 Francis Fukuyama: Warum steht es so schlecht um die Demokratie?, in: Welt am Sonntag, 8. Februar 2015.
 - 2 John Thornhill: Tsar quality, in: Financial Times, 7./8. Februar 2015.
 - 3 Zitiert nach Detlef Drewes: Von Chefstuhl zu Chefsessel, in: General-Anzeiger (Bonn), 25. November 2009.